



Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Einführung einer Bargeldobergrenze und Einschränkungen virtuellen Bargelds verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt Obergrenzen für Bargeldzahlungen ab und fordert die Landesregierung auf, sich gegen die Einführung solcher Obergrenzen auf Bundes- oder EU-Ebene einzusetzen.

Der Landtag lehnt ebenso Einschränkungen virtuellen Bargelds, also anonymer unbarer Währungen und Guthaben, ab und fordert die Landesregierung auf, sich gegen solche Einschränkungen auf Bundes- oder EU-Ebene einzusetzen.

Begründung:

Zu Absatz 1 (Obergrenzen für Bargeldzahlungen):

Bargeld sichert Freiheit und Privatsphäre

Wer unbar, also auf elektronischem oder digitalem Wege zahlt, hinterlässt Datenspuren. Einkaufspreis, Anbieter, Ort: Die Informationen lassen mehr Rückschlüsse zu, als vielen Verbrauchern bewusst und lieb sein dürfte. Was mit den Datenmengen passiert und wie gut sie vor Missbrauch geschützt sind, sind nur zwei wichtige Fragen, auf die es bislang keine verlässlichen Antworten gibt. Ein wichtiger Vorteil von Bargeld: Verbraucher können anonym bleiben.

Bürger wollen bar zahlen

Für die Deutschen ist Bares nach wie vor Wahres: Über 50 Prozent des Gesamtumsatzes im Einzelhandel werden bar bezahlt. Gerade beim privaten Kauf und Verkauf von Gebrauchsgütern (z.B. Gebrauchtwagen) sowie auf Märkten ist die Barzahlung essenziell - auch höherer Beträge. Bargeldobergrenzen sind im Übrigen als Einstieg in die Abschaffung des Bargelds insgesamt einzuordnen.

Bargeldobergrenzen verhindern Schwarzarbeit oder Kriminalität nicht

Nach Berechnungen der Universität Linz hätte eine Abschaffung großer Banknoten und ein Verbot großer Barzahlungen nur minimal senkende Effekte auf Schwarzarbeit oder Kriminalität.

Bargeldlose Zahlungen sind nicht per se sicherer

Zwar ist Bargeld nicht ohne Risiko. Es kann gestohlen werden oder verloren gehen. Doch auch bargeldlose Alternativen sind keineswegs sicher. Immer wieder finden Kriminelle zum Beispiel beim Online-Banking neue Sicherheitslücken. Gefahren drohen auch bei neuen digitalen Technologien, etwa dem Mobile Payment per Smartphone, wenn sich Hacker Zugang zu den Daten verschaffen. Kartenzahlungen können wegen vielfältiger Umstände zeitweise nicht möglich sein.

Bargeld schafft Transparenz

Unbares Bezahlen birgt das Risiko, Geld auszugeben, das man gar nicht hat. Virtuelles Geld suggeriert ständige Verfügbarkeit. Auf Kredit lässt sich leicht und schnell einkaufen. Das kann den Weg in die Verschuldung ebnen. Für viele Verbraucher mag es kein Problem sein, den Überblick über Kontostand und Kredite zu behalten. Anderen geben aber gerade echte Scheine und Münzen die Sicherheit, ordentlich zu haushalten. Viele Verbraucher haben so ihre tatsächlichen finanziellen Mittel besser im Blick.

Bargeld schützt vor negativen Zinsen

Liegt zu viel virtuelles Geld auf den Konten, führt das zudem zu bedenklichen Ideen: So diskutieren Ökonomen, wie sich allzu sparsame Verbraucher durch negative Zinsen – letztlich eine Art Strafzins fürs Sparen – zum Konsumieren bewegen lassen. Auf diese Weise könnten Zentralbanken und Politik einen erheblichen Einfluss auf unser Alltagsleben und unsere Ersparnisse gewinnen. Bargeld schützt somit vor der Einführung negativer Zinsen.

Fazit

Viele gute Gründe sprechen für das Bargeld, genauso wie es gute Gründe für bargeldlose Alternativen gibt. Ob klassisches Portemonnaie oder digitales Wallet – welche Geldbörse sie wann nutzen, das sollten Verbraucher selbst entscheiden können. Sie müssen wählen können. Die Abschaffung des Bargelds würde sie dieser Möglichkeit berauben – ein zu hoher Preis.

Zu Absatz 2 (Einschränkungen virtuellen Bargelds):

Der Aktionsplan der EU-Kommission zur "Intensivierung der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung" (IP/16/202) sieht unter anderem vor, den anonymen Kauf virtueller Währungen zu verbieten und den anonymen Kauf von Guthabekarten einzuschränken. Anonyme Guthaben sind als Bargeld des Internets anzusehen und ebenso schutzwürdig. Im Zuge der Digitalen Revolution müssen anonyme Zahlungen möglich bleiben, weil gekaufte Waren und genutzte Dienstleistungen Rückschlüsse auf das Privat- und Intimleben zulassen können. Einschränkungen sind von Terroristen leicht zu umgehen, zumal Umtauschplattformen für virtuelle Währungen ihren Sitz problemlos in Nachbarstaaten verlegen können.

Dr. Patrick Breyer

Torge Schmidt
und Fraktion